



GEWERKSCHAFTSBUND BnF CGT-FSU-SUD CULTURE, GEWÄHLTE  
VERTRETER DER NUTZER UND ALUBnF

## **PRESSEMITTEILUNG**

**DIE GESAMTE BnF AB DEM 23. MAI IM STREIK, UM DEN ÖFFENTLICHEN DIENST  
ZU VERTEIDIGEN, FÜR DIE NOTWENDIGEN STELLENSCHAFFUNGEN UND GEGEN  
DIE ULTRAPREKARITÄT!**

Der CGT-FSU-SUD Culture des Personals der BnF, die gewählten Vertreter der Leser und Nutzer im Verwaltungsrat der BnF, die ALUBnF, die ALUBnF und die mobilisierte Öffentlichkeit bekräftigen ihren vollständigen Widerstand gegen die drastische Reduzierung der direkten Kommunikation der in den Magazinen aufbewahrten Dokumente an die Nutzer der Forschungsbibliothek auf einen halben Tag sowie die damit einhergehenden Maßnahmen: Erhöhung des Eintrittspreises für Leser, Neuorganisation der Dienstpläne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des Personals, Politik der Einstellung ultraprekärer Vertragsarbeiter, um im öffentlichen Dienst zu arbeiten...

Die Direktion der BnF hat sich dafür entschieden, mit Gewalt vorzugehen, indem sie ab dem 2. Mai diese Reform umsetzt, die nur einer Haushalts- und Buchhaltungslogik entspricht (wie die Direktion nun selbst zugibt), da die BnF unter einem massiven Mangel an Stellen leidet, um sowohl ihre Kernaufgaben als auch die neuen laufenden Baustellen zu gewährleisten. In den letzten zehn Jahren hat die BnF mehr als 400 Stellen verloren, davon 270 im Magazinbereich. Diese Verluste setzen sich in den letzten Jahren fort, wobei zwischen 2017 und 2021 trotz einer relativen Stabilität der Gesamtbelegschaft 122 Stellen der Kategorie C verloren gehen, was die klare Entscheidung der Leitung der BnF zeigt, weiterhin Stellen zu streichen, die jedoch für den öffentlichen Dienst notwendig sind. Der Abbau der für die Öffentlichkeit erbrachten Dienstleistungen ist somit die direkte Folge einer schädlichen Einstellungspolitik, die die Gewerkschaftsgewerkschaft CGT-FSU-SUD seit Jahren anprangert. Darüber hinaus erweist sich die überstürzte Einführung dieser Neuorganisation, die ohne Absprache und gegen die einhellige Meinung der Gewerkschaften, der gewählten Vertreter der Leser-Nutzer, der ALUBnF und von über 18.000 Lesern, Nutzern und Freunden der BnF durchgesetzt wurde, bereits als konkret unhaltbar und führt zu einer immer schwerwiegenderen Desorganisation der Dienstleistungen für die Leser und einer beunruhigenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des Personals.

Darüber hinaus hat die Wiedereröffnung des Standorts Richelieu im September mit neuen Öffnungszeiten, die den Lesern kaum etwas bringen, aber mehr Personal erfordern, zu einer Verlagerung von Stellen vom Standort Tolbiac zum Standort Richelieu geführt (da keine speziellen Stellen geschaffen wurden), wodurch sich die Situation am Standort Tolbiac weiter verschlechtert hat.

All dies war leider vorhersehbar. Die Gewerkschaften und Leser haben die Direktion seit Monaten immer wieder auf diese Probleme und die Gefahren hingewiesen, die diese Reform für das gesamte Personal und die Nutzer der BnF mit sich bringt, aber auch für ihr nationales und internationales Image, das heute durch diese Reform und die Ablehnung jeglichen Dialogs durch die Direktion stark beschädigt ist.

Daher ruft der Gewerkschaftsbund CGT-FSU-SUD Culture mit voller Unterstützung der gewählten Vertreter der Leser-Nutzer, der AluBnF und der mobilisierten Leserinnen und Leser ab Montag, dem 23. Mai, zu einem verlängerbaren Streik des Personals auf, mit dem folgende Ziele erreicht werden sollen:

- Die sofortige Rücknahme der aktuellen Reform und die Rückkehr zu den vor März 2020 geltenden Bedingungen für die direkte Kommunikation.
- die Aussetzung zusätzlicher interner Baustellen, damit die BnF ihre Kernaufgaben für die Öffentlichkeit erfüllen kann.
- die sofortige Einleitung aller notwendigen Maßnahmen zur Besetzung der Stellen, die die BnF benötigt, insbesondere von festangestellten Magazinen, wobei die freien Stellen bereits jetzt ausgeschrieben und anschließend rasch eine konsequente Direkteinstellung organisiert werden sollte.
- Sofortiger Verzicht auf die Einstellung von Vertragsbediensteten mit einjährigen befristeten Verträgen, die keine Rechte haben und extrem prekär sind, und Rückkehr zu unbefristeten Verträgen.
- die Erhöhung der personellen und finanziellen Mittel der BnF, um alle diese Aufgaben unter guten Bedingungen erfüllen zu können.
- Überprüfung des für den Standort Richelieu geplanten Betriebs und Einstellung des dafür erforderlichen fest angestellten Personals unter guten Bedingungen.
- die Eröffnung erweiterter Konsultationen zu den Prioritäten der BnF